

Die Gleichheit.

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post (eingetragen unter Nr. 3122) vierteljährlich ohne Bestellgeld 56 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahres-Abonnement M. 2.60.

Stuttgart
Mittwoch den 12. September
1900.

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Alara Zetkin (Zunabel), Stuttgart, Blumenstraße 34, III. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtwänglerstraße 12.

Nachdruck ganzer Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Inhalts-Verzeichnis.

Der Parteitag zu Mainz. — Zur Frauenkonferenz. — Die Frauenkonferenz in Mainz. Von Louise Zieß. — Zur Lage der Neupfätterinnen. Von Hans Marchwald. I. (Schluß). — Aus der Bewegung. — Anträge der Genossinnen zur Frauenkonferenz in Mainz. — Feuilleton: An-Mette. Von Henri Pontoppidan. (Fortsetzung.)
Notizentheil von Lily Braun und Alara Zetkin: Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung.

Der Parteitag zu Mainz.

Dem bevorstehenden Parteitag liegt ein reiches, fast überreiches Arbeitsprogramm vor, das obendrein im Hinblick auf die Eröffnung des internationalen Kongresses zu Paris spätestens bis Sonnabend Mittag bewältigt sein sollte. Daß dies thatsächlich der Fall sein wird, hängt wesentlich von der Breite der Beratungen über die einzelnen Punkte ab, die ihrerseits wieder durch mehr oder minder große Gegenfälle in der Auffassung bedingt wird. Nun fehlt es sicherlich nicht an Berathungsgegenständen, über welche die Meinungen getheilt sind und sich im schroffen Ja und Nein gegenüberstehen. Allein der Verlauf der Parteiversammlungen, welche Stellung zu dem Parteitag genommen haben, wie die Erörterung der strittigen Fragen in der Presse lassen keine weit ausholenden, mit leidenschaftlicher Zähigkeit verfolgten Debatten vermuthen. Die Frage „unserer Taktik bei den Landtagswahlen“ ist bereits so eingehend erörtert worden, daß zum Für und Wider kaum neue, weittragende Gründe und langwährende Verhandlungen zu erwarten sind. Was aber unsere Stellung zur „Verkehrs- und Handelspolitik“ anbelangt, so ist ihr unseres Erachtens in breiteren Kreisen der Partei noch nicht die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt worden. Eine sehr eingehende Erörterung ist deshalb kaum wahrscheinlich, trotz der hohen Wichtigkeit der Materie, und trotz der Meinungsunterschiede, die zur Frage der Handelspolitik auf dem Stuttgarter Parteitag und in Artikeln einzelner Parteigenossen zu Tage getreten sind.

Die ausgiebigste Berathung wird vermuthlich Punkt 5 der Tagesordnung zu Theil werden: „Die Organisation der Partei.“ Die wichtigste der Fragen, welche durch die möglich gewordene Reform unserer Organisationsformen angeschnitten werden, ist unseres Erachtens die: sollen geschlossene Vereine oder Vertrauenspersonen Träger des Parteilebens sein, mit anderen Worten, soll das Schwergewicht unseres Parteilebens in festen Organisationen oder in öffentlichen Versammlungen liegen?

Wir haben bereits in der letzten Nummer der „Gleichheit“ ausführlich die Gründe dargelegt, welche mit Rücksicht auf das Wirken und die Rechte der Frauen in der Partei für die bisherige lose Organisationsform sprechen. Aber auch noch andere als die einschlägigen Erwägungen wenden sich unserer Meinung nach dagegen, den Schwerpunkt unseres Parteilebens aus der Volksversammlung in Vereine zu verlegen. Zunächst bedingen eine Reihe von Umständen — Macht der Behörden und des Unternehmertums zur Chikanirung und Boykottirung der sozialdemokratischen Vereinsmitglieder zc. zc. —, daß feste Organisationen nie auch nur annähernd die Masse unserer Parteigenossen umschließen werden. Unter Umständen können sogar sehr eifrige und

opferfreudige Parteigenossen nicht einer politischen Organisation angehören, ja ist die Gründung eines solchen in Orten unmöglich, wo wir eine gute Zahl von Anhängern besitzen. Geschlossene Vereine werden deshalb stets nur die Cadres unserer Partei bilden und nicht die Massen ihrer Gefolgschaft umfassen.

Vor Allem aber finden wir, daß die von manchen Seiten befürwortete ausschlaggebende Rolle der festen Organisationen im Gegensatz steht zu dem demokratischen Charakter unserer Partei, zu ihrem Wesen als Trägerin einer Massenbewegung, die eine Kulturbewegung im höchsten und vielseitigsten Sinne des Wortes ist. Das Leben einer Partei, die mehr als zwei Millionen Wähler zählt, der immer reichere, mannigfaltigere Aufgaben zufallen — und zwar nicht bloß auf politischem Gebiet, sondern im Bereich des gesammten sozialen, kulturellen Lebens — läßt sich nicht in den engen Rahmen fester, geschlossener Organisationen fassen, denen im günstigsten Falle Hunderttausende angehören. Und die Volksversammlung, die für reif und würdig befunden wird, über die bürgerliche Gesellschaft, über die wichtigsten Vorgänge des politischen und sozialen Lebens zu Gericht zu sitzen, ihr Urtheil über eine ganze Welt- und Geschichtsauffassung abzugeben, sich für das sozialdemokratische Programm zu erklären: der kann man nicht die Mitentscheidung in Fragen des Parteilebens versagen. Unseres Erachtens steht es einer Partei wie der unseren nicht an, nach bewährten Mustern der Einteilung der Massen in „begeistertes, von den edelsten Gefühlen getragenes Volk“ und „rohen, stumpfsinnigen Pöbel“ die Volksversammlungsbesucher einmal zu bewerten als „überzeugte Parteigenossen“, „klassenbewußte Proletarier, die berufen sind, eine neue Welt aufzubauen“, dann aber als eine „zusammengelassene Volksversammlung“, der die Berechtigung vorzuenthalten ist, einen Delegirten zum Parteitag zu wählen.

Gewiß, daß das Uebergewicht der Volksversammlung über die geschlossene Organisation in unserem Parteileben mancherlei und nicht leicht zu nehmende Unzulänglichkeiten zeitigt. Allein dieselben dünken uns geringer wie die Vorzüge des jetzt geltenden Organisationsystems. Wir sind überzeugt, daß die Frische, Elastizität, frohnde Gesundheit und Kraft unseres Parteilebens ganz wesentlich mit auf die Rolle der öffentlichen Versammlung innerhalb desselben zurückzuführen ist. Daß die lose Organisationsform, die feste, innere Geschlossenheit und Schlagfertigkeit der Partei nicht geschädigt, ihre materielle Leistungsfähigkeit nicht beeinträchtigt hat, beweist unserer Ansicht nach die Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung. Allerdings gilt auch in dieser Beziehung das Wort: „Das Bessere ist des Guten Feind.“ Wir glauben jedoch nicht, daß die Uebertragung der Parteigeschäfte auf geschlossene Vereine die mancherseits prophezeite große Stärkung der Parteiorganisation mitsammt der bedeutenden Steigerung ihres materiellen Leistungsvermögens zur Folge haben würde.

In der Frage der „Weltpolitik“ dürften kaum tiefe gegensätzliche Auffassungen sich äußern. Handelt es sich doch unserer Ansicht nach nicht darum, sich mit einer im luftleeren Raume theoretischer Spekulationen schwebenden Welt- oder Kolonialpolitik „an und für sich“ zu befassen. Es gilt vielmehr Stellung zu nehmen zu der sehr konkreten Weltmächts- und Weltraubpolitik, wie sie der Kapitalismus in dem gegenwärtigen Stadium seiner Entwicklung in allen großen sogenannten Kulturstaaten treibt. Unzweifelhaft herrscht Einmüthigkeit darüber, daß die Sozialdemokratie in scharfer grundsätzlicher Feindschaft der abenteuerlichen Weltpolitik

der gepanzerten Faust gegenüber steht, die sich mit einer arbeiterfeindlichen Sozialpolitik paart, neben der gewaltthätigen Eroberung neuer Absatz- und Interessengebiete die Absperrung des heimischen Marktes durch Wucherzölle ersirebt, an Stelle des Wettbewerbs das Monopol setzen will, bei uns in Deutschland mit starken Ansätzen zum absolutistischen Regiment verquickt ist und die Gefahr schwerster internationaler Verwicklungen, ja des Weltkriegs in sich trägt. Ebenso werden die Meinungen nicht darüber auseinandergehen, daß das Proletariat eine Weltpolitik fordert, die sich auf eine gesunde, freiheitliche Sozialpolitik stützt, Frieden zwischen den Nationen und freie Entwicklung des Handels und der Industrie sichert und als höchstes Ideal die Verbrüderung der Völker auf Grund der Solidarität des Proletariats und der Gemeinsamkeit der Kulturinteressen erstrebt. Daß sich aber die Sozialdemokratie nicht mit der bloßen Erklärung ihrer Stellungnahme begnügt, sondern den Kampf gegen die Weltpolitik des Evangeliumskurses und für eine freiheitliche Weltpolitik mit aller Energie führt, das verlangt das Interesse des Proletariats, dazu fordert der gemeingefährliche Negiertaktus, der mit Nichtachtung der Volksvertretung inszenierte Chinazug heraus, das verbürgt die Vergangenheit der Partei und ihr Wesen.

Im Zusammenhang mit der grundsätzlichen Stellung der Partei zur Weltpolitik steht die Behandlung der Frage „Verkehrs- und Handelspolitik“. Angesichts der bevorstehenden Erneuerung der Handelsverträge werden die einschlägigen Beratungen und Beschlüsse von höchster Bedeutung sein. Schon sind die krantjunkerlichen Hochschutzzöllner an der Arbeit, mit den demagogischsten Mitteln Wucherzölle zu erpressen. Einflußreiche Kreise von Industriellen, die Monopole oder Liebesgaben besitzen oder fordern, sind mit ihnen im Bunde. Wie die Vorbereitungsarbeiten zeigen, eignet der Regierung weder die Kraft noch der Wille, dem hochschutzzöllnerischen Ansturm zu trotzen. Nachdem die Agrarier „die gräßliche Flotte“ bewilligt haben, wird sie ihrerseits auf die „Kähne“ den „Kaniz“ folgen lassen. Da gilt es denn, daß die Sozialdemokratie als Vertreterin der proletarischen Klasseninteressen, als Vorkämpferin für eine gesunde Entwicklung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens dem Klüngel der begehrlichen Hochschutzzöllner streitbar entgegentritt und gestützt auf eine einheitliche, feste Grundauffassung für Beseitigung beziehungsweise Herabsetzung der Zölle und für Handelsverträge mit gegenseitigen Konzeptionen zwischen den einzelnen Ländern kämpft.

In der Frage unserer „Taktik bei den Landtagswahlen“ wird es ab und an wohl zu einem hitzigen Zusammenprall zwischen den Befürwortern und Gegnern unserer Beteiligung unter allen Umständen und mit allen Konsequenzen kommen. Allein die Entscheidung des Parteitag scheint uns jetzt schon nicht zweifelhaft, ebenso wenig aber die Einheitlichkeit unserer künftigen Aktion. Der Parteitag wird mit überwältigender Mehrheit die allgemeine Beteiligung beschließen. Das dadurch in manchen Bundesstaaten unvermeidlich gewordene Kompromiß zwischen Sozialdemokratie und bürgerlicher Opposition schreckt uns nicht, da es in nichts die feste Grenzlinie zwischen uns und den bürgerlichen Parteien verwischt, in nichts unsere Stellungnahme zur bürgerlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung abschwächt. Ueber die strenge Wahrung unseres Parteicharakters, unserer Grundsätze entscheidet das Wie der Wahlagitatorik und nicht das gelegentliche Wahlbündnis. Wie die geschichtliche Entwicklung in Deutschland die Verhältnisse und die Menschen geformt hat, erachten wir die Beteiligung an den Landtagswahlen auch unter dem reaktionären Dreiklassenwahlssystem mit all seinen gemeinen Nücken und Lücken für das wirksamste Mittel, die arbeitenden Massen zum Ansturm gegen das Wahlrecht zu mobilisieren und zu schulen. Die siegreiche Schlacht für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu den Einzellandtagen kann aber nur durch die arbeitenden Massen geschlagen werden, kann nur die Frucht des „Druckes von außen“ auf die Parlamente und Regierungen sein.

In den übrigen stehenden Berathungsgegenständen eines jeden sozialdemokratischen Parteitags wird es dem überströmenden, kraftvollen Leben der Partei entsprechend nicht an Kritik, Anregungen, Wünschen und Beschlüssen fehlen. Die Arbeiten des Parteitags zu Mainz werden in ihrer Gesamtheit darthun, daß die Partei

des Klassenbewußten Proletariats inmitten der Zerfegung der bürgerlichen Welt, inmitten der Stürme der Reaktion kerngesund, kampferüstet, pflichttreu ihren Tagesaufgaben gerecht wird, ihrem hehren Endziel zustrebt.

Zur Frauenkonferenz.

Nur noch wenige Tage, und die erste Konferenz der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands tritt in Mainz zusammen. Allen Anschein nach wird die Beteiligung an ihr eine rege sein, ein klares Anzeichen dafür, daß in weiten Kreisen der Genossinnen das Bedürfnis empfunden wird nach größerer Planmäßigkeit, Einheitlichkeit und Energie des Wirkens im Dienste der sozialistischen Idee. Erfreulicherweise stehen die Genossinnen allenthalben der Konferenz sympathisch gegenüber. Von keiner Seite wurde, wie sonst bei selbständigen Aktionen der Genossinnen, der Vorwurf laut, dieselben wollten „einen Staat im Staate konstituieren“, eine quertreibende Sonderbewegung ins Leben rufen. Früheres Mißtrauen ist der Einsicht gewichen, daß die Proletarierin als Frau in Folge ihrer politischen Rechtlosigkeit und sozialen Unterwürdigkeit eine Sonderstellung einnimmt; daß der proletarischen Frauenbewegung mithin im Rahmen der allgemeinen Bewegung Sonderaufgaben zufallen; daß es also nicht eine Kräftezersplitterung und Vergeudung bedeutet, wenn die Genossinnen über praktische Mittel und Wege zur Lösung dieser Aufgaben berathen, vielmehr eine Kräfteersparnis und höhere Leistungsfähigkeit. Auch in einem wohlgeordneten, harmonischen Haushalt ist es die Frau, die in manchen Fragen allein das entscheidende Wort spricht.

Vorausichtlich wird sich die Konferenz dem Vorschlag der vorbereitenden Kommission entsprechend lediglich mit praktischen Fragen beschäftigen. Die beantragte Erörterung über die Stellung der proletarischen zur bürgerlichen Frauenbewegung dürfte kaum auf die Tagesordnung gesetzt werden. Der Parteitag zu Gotha hat die grundsätzliche Grenzlinie zwischen der Frauenrechtelei und der sozialistischen Frauenbewegung gezogen. In den Kreisen der Genossinnen hat sich aber seither kein Bedürfnis nach einer Revision der damals festgelegten Grundsätze geregt. Wäre jedoch ein solches Bedürfnis vorhanden, nicht eine Konferenz der Genossinnen würde berufen sein, zu entscheiden, vielmehr — in Folge der festen inneren Zusammengehörigkeit, die zwischen der proletarischen Frauenbewegung und der allgemeinen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung besteht — der Parteitag der Sozialdemokratie. Die Frage nach der grundsätzlichen Stellung der proletarischen zur bürgerlichen Frauenbewegung würde aufgehen in der weiteren Frage nach der grundsätzlichen Stellung der Sozialdemokratie zu bürgerlichen Reformbewegungen. Die kümmerlichen Ansätze zu sozialer Reformarbeit im frauenrechtlerischen Lager sind jedoch keineswegs derart, daß sie zu einer theoretischen Auseinandersetzung über unsere grundsätzliche Stellung drängen. Nicht das Bedürfnis nach größerer theoretischer Erkenntnis wird gegenwärtig von den Genossinnen empfunden. Sie sind vielmehr von der Nothwendigkeit überzeugt, sich über praktische Mittel und Wege zu verständigen, die das von der grundsätzlichen Erkenntnis geleitete Wirken fruchtbarer gestalten sollen.

Es ist gewiß nicht Lust und Liebe zu schädlicher Eigenbrödelei, es ist die durch verschiedene Umstände bedingte Nothwendigkeit einer Arbeitsteilung, welche fordert, daß die proletarische Frauenbewegung innerhalb der allgemeinen Bewegung eigene Organe besitzt, welche Träger ihres Lebens und Thuns sind: die Vertrauenspersonen der Genossinnen. Je mehr vereinsgesetzliche Bestimmungen in dem weitaus größten Theile des Deutschen Reiches die politische Thätigkeit der Frauen erschweren und hindern, je mehr sie es ausschließen, daß dieselbe sich auf feste Organisationen stützt — seien es Parteivereine mit männlicher und weiblicher Mitgliedschaft, seien es Frauenvereine —, um so nothwendiger ist eine Ausgestaltung des Systems unserer Vertrauenspersonen. Was in dieser Hinsicht seit dem Parteitag zu Gotha geschehen ist, erweist sich als durchaus unzulänglich.

Wir bedürfen zunächst einer weit größeren Zahl von Vertrauenspersonen, damit wir in allen größeren Orten und Industriezentren feste Stützpunkte und leitende Organe für unsere agitatorische und organisatorische Arbeit gewinnen, damit unsere Agitation das weibliche Proletariat in allen Gegenden erfasst. Die Aufgaben der Vertrauenspersonen müssen in großen Grundzügen festgelegt werden, um die Einheitlichkeit ihres Wirkens zu fördern und die Amtsführung von Genossinnen in Orten zu erleichtern, wo die proletarische Frauenbewegung noch jungen Datums ist und geschulter Kräfte ermangelt. Die Vertrauenspersonen der einzelnen Kreise oder Bezirke haben enge, stete Fühlung mit einander und mit der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands zu halten. Durch einen regelmäßigen leben-

digen Zusammenhang zwischen den leitenden Personen gilt es der Zersplitterung der Kräfte und Mittel vorzubeugen, gilt es durch vereinbarte, planmäßiges Handeln die höchste Leistungsfähigkeit zu erzielen. Die Vertrauenspersonen der Genossinnen müssen von allen Organen der allgemeinen Arbeiterbewegung — Vertrauensmännern, Ausschüssen, Kommissionen zc. — als vollständig gleichberechtigt anerkannt und zur Mitarbeit und Mitentscheidung herangezogen werden. Die Verwirklichung dieser Forderung — an der es die Genossinnen in vielen Orten noch fehlen lassen — ist eine unerläßliche Voraussetzung dafür, daß die Tätigkeit der Genossinnen jederzeit als notwendige Ergänzung zu dem Wirken der Genossen tritt, daß die Aktionen von der einen und anderen Seite sich nie durchkreuzen, sondern einander stützen und fördern. Wir hoffen, daß der Ausbau des Systems der Vertrauenspersonen in den angebotenen Richtungen dazu beiträgt, eine feste Grundlage zu schaffen für eine einheitliche rührige Tätigkeit der Genossinnen, für die Ausdehnung und Kräftigung der proletarischen Frauenbewegung.

Bei Erörterung der Mittel und Wege, welche geeignet sind, die Agitation unter dem weiblichen Proletariat wirksam zu gestalten, müssen wir unseres Erachtens eines berücksichtigen: Daß unsere Tätigkeit verschiedenen Kreisen von proletarischen Frauen mit verschiedenen Bedürfnissen gilt. Wir wollen die Berufsarbeiterin wie die proletarische Hausfrau zum Klassenbewußtsein wecken, dem proletarischen Klassenkampf zuführen, für den Sozialismus gewinnen. Wir müssen ferner die Proletarierinnen, die Stumpfsinn und Gleichgültigkeit abgeschüttelt haben, die ihre Befreiung zu hoffen, für sie zu kämpfen wagen, aus unklaren Rebellen wider die kapitalistische Ordnung zu zielbewußten, mit Wissen ausgestatteten Mitarbeiterinnen und Mitkämpferinnen erziehen, welche befähigt sind, ihrerseits aufklärend, werbend, führend unter der Masse ihrer Schwestern zu wirken.

Noth thut vor Allem, daß wir unter den Berufsarbeiterinnen eine weit umfassendere, energiereichere Agitation treiben, als in der Vergangenheit, und zwar eine Agitation durch Wort und Schrift. Dieselbe müßte vor Allem an die Lage und die Interessen der Arbeiterinnen als ausgebeuteter Berufstätigen anknüpfen und von diesem Ausgangspunkt aus Aufklärung über die sozialen Verhältnisse bringen, welche die Existenz der Lohnslavin beeinflussen, wie über die Mittel, diese kulturwürdiger zu gestalten. Die Losung: „Arbeiterinnen, organisiert Euch!“ müßte das Leitmotiv dieser Agitation sein. Sie hätte in engstem Zusammenhang mit der Gewerkschaftsbewegung zu stehen und gleichsam eine Vorbereitung für die eigentliche gewerkschaftliche Organisations- und Organisationsarbeit zu bilden. Je schwieriger die Organisierung der Arbeiterinnenmassen ist und je dringender sie wird — ganz besonders in der Zeit der ausziehenden Krise —, um so notwendiger ist es, daß die proletarische Frauenbewegung dieser aufrüttelnden und vorbereitenden Agitation unter den Arbeiterinnen die höchste Aufmerksamkeit zuwendet. Als geeignetes Mittel zur Agitation durch das Wort erscheinen uns Arbeiterinnenversammlungen, die mit Sachkenntnis und durch persönliche Werfstuben- und Hausagitation zc. wohl vorbereitet sein müssen, und die je nach den lokalen Verhältnissen für die gesammte weibliche Arbeiterschaft eines Ortes oder für einzelne Arbeiterinnenkategorien bestimmt sind. Als geeignetes Mittel zur Agitation durch die Schrift erachten wir Flugblätter und ganz kurze, populäre Broschüren in der Art, wie ihre Herausgabe beantragt worden ist. Wir haben eine stattliche Zahl „stiller Anhängerinnen“, die sich aus den verschiedensten Ursachen nicht im politischen Kampfe und in der Gewerkschaft bethätigen können oder bethätigen wollen. Die mündliche und schriftliche Agitation unter den Arbeiterinnen bietet ihnen eine unerschöpfliche Gelegenheit zu dringendem nötigem und höchst segensreichem Wirken.

Es hieße Krupp'sche Kanonen nach China tragen, wollten wir nachweisen, von welcher großer Wichtigkeit es ist, daß auch die proletarischen Hausfrauen für den Befreiungskampf ihrer Klasse gewonnen werden. Die Agitation unter ihnen knüpft wohl an wirksamsten an die Interessen an, welche die Proletarierin als Frau, Gattin, Mutter, als rechtlose, aber pflichtenbehaftete Staatsangehörige an Erweiterung und Vertiefung ihrer Bildung hat, an einer klaren Kenntniss der sozialen Verhältnisse, an gründlichen sozialen Reformen, an der Beseitigung der kapitalistischen Ordnung. Als Mittel der mündlichen Agitation steht uns die Volksversammlung zu Gebote. Die Mittel der schriftlichen Agitation sind noch sehr unzureichende. Auch hier gilt es vor Allem, eine geeignete leichtverständliche Broschürenliteratur zu schaffen. Des Weiteren müßte unsere Presse den vorliegenden Bedürfnissen mehr Rechnung tragen. Auf welche Weise das am erfolgreichsten geschieht — ob durch einzelne Artikel in den Tageszeitungen, durch eine „Frauenbeilage“, durch eine besondere Rubrik für Frauenfragen, durch Ausgestaltung unserer Unterhaltungsliteratur zc. zc. — das bleibe dahingestellt. Hauptsache ist, daß das Gebotene von unserer Auffassung durchdrungen, klar und leicht ver-

ständlich ist, den Blick der Hausfrau für die Zusammenhänge zwischen den Interessen des Einzelnen, der Familie und denen der Arbeiterklasse, der Gesamtheit schärft, ihr die Ideale und Kämpfe des Mannes theuer werden läßt, ihr gleichsam das ABC der sozialen Erkenntnis und der proletarischen Solidarität lehrt und sie zu Pflichtleistungen auf allen Gebieten anspricht und befähigt.

Im Interesse einer erfolgreichen Agitation unter der breiten Masse des weiblichen Proletariats ist erforderlich, daß wir eine Kerntuppe kenntnisreicher, zielklarer Genossinnen heranziehen, aus der sich tüchtige, leistungsfähige Agitatorinnen und Führerinnen rekrutieren. Bildungsinstitute der verschiedensten Art auf politischem, gewerkschaftlichem, wissenschaftlichem Gebiete, die sozialdemokratische Presse und Literatur geben den Genossinnen Gelegenheit, sich reicheres Wissen, eine tiefere theoretische Schulung anzueignen. Insbesondere ist es die Aufgabe der „Gleichheit“, in der einen und anderen Richtung die Entwicklung der Genossinnen zu fördern, sie zu zielbewußten, wohlausgerüsteten Kämpferinnen zu erziehen. Zu Gunsten der Bildung der Genossinnen kann es sich unseres Erachtens nicht darum handeln, Neues zu schaffen, sondern das Vorhandene zu verbessern und noch nutzbarer zu machen.

Die Agitation für den gesetzlichen Arbeiterinnenschutz betreffend, dürfte die Konferenz kaum an dem Programm etwas ändern, daß der Parteitag zu Hannover formuliert hat. Dagegen hat sie dem Programm unserer Forderungen ein festes Aktionsprogramm hinzuzufügen. Wir haben bereits in Nr. 23 der „Gleichheit“ vom vorigen Jahre Fingerzeige darüber gegeben, wie die Agitation für den gesetzlichen Arbeiterinnenschutz in die Wege geleitet werden könnte. Wir hoffen, daß von allen Seiten weitere Vorschläge zu der bedeutsamen Frage des Wie unserer Aktion gemacht werden. Dieselben müssen unserer Meinung nach unter einem zweifachen Gesichtspunkt geprüft werden. Einmal mit Rücksicht darauf, daß es die Aufgabe unserer Agitation ist, weite Kreise des werktätigen Volkes, ja der gesammten Gesellschaft, in erster Linie aber die Massen der Arbeiterinnen selbst zur Erkenntnis von der Nothwendigkeit der geforderten Reformen zu wecken, damit aus dieser Erkenntnis der feste, unbeugsame Wille geboren wird, einen durchgreifenden gesetzlichen Schutz zu erlangen. Dann aber muß es sich darum handeln, diesen nicht mißzubedeutenden Willen zur Kenntniss der gesetzgebenden Gewalten zu bringen, ihm einen möglichst starken Einfluß zu sichern, ihn als Machtfaktor wirken zu lassen. Die Frage des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes ist durch die Erhebungen der Reichsregierung über die Fabrikarbeit der verheiratheten Frauen „aktuell“ im landläufigen Sinne des Wortes geworden. Die bis jetzt vorliegenden Berichte der Gewerbeinspektion beweisen das. Nun heißt es, die Situation mit allem Nachdruck ausnutzen. Wir haben wiederholt dargelegt, daß der gesetzliche Arbeiterinnenschutz sowohl im Interesse der gewerkschaftlichen Organisation wie des politischen Kampfes und des endlichen Sieges der Arbeiterklasse liegt. Unserer Agitation muß mithin kräftige moralische und materielle Unterstützung seitens der Gewerkschaften wie der Partei zu Theil werden.

Was die Bildungsvereine für Frauen und Mädchen anbelangt, so hat unseres Erachtens die Konferenz Klarheit zu schaffen über folgende Fragen. Erstens: Entsprechen die Bildungsvereine einem vorhandenen tatsächlichen Bedürfniss? Zweitens: Welches sind die Voraussetzungen für ihre gesunde Entwicklung und ihr gedeihliches Wirken? Drittens: In welcher Richtung liegen ihre Aufgaben, welches ist ihr Tätigkeitsgebiet?

Es gab eine Zeit, in welcher die Bildungsvereine und das, was sie zu leisten vermochten, bedeutend überschätzt wurden. Gleichsam wie Pilze schossen sie aus der Erde. Ein großer Theil von ihnen wurde durch die Behörden aufgelöst, da sie sich entgegen den Bestimmungen des Vereinsgesetzes einzelner Bundesstaaten mit politisch Angelegenheiten beschäftigten hatten oder beschäftigt haben sollten. Ein anderer Theil vegetierte kraft- und saftlos dahin, leistete wenig Ersprießliches oder auch gar nichts. In der Folge kam eine Zeit, in der die Bildungsvereine bedeutend unterschätzt wurden. Im Allgemeinen erachtete man sie für recht herzlich überflüssige, wenn nicht gar für schädliche Gebilde, die man besten Falles geringschätzig duldete. Wie viele Andere, so haben auch wir in dieser Hinsicht manches gesündigt. Aber die Erfahrung hat Eins gelehrt. Trotz vereinsgesetzlicher Schwierigkeiten und behördlicher Chikanen, trotz Geringschätzung im Lager der Arbeiterklasse sind wieder und wieder Bildungsvereine für Frauen und Mädchen entstanden. Es fehlt nicht an Beispielen von trefflichen Leistungen ihrerseits. Dieser Thatbestand spricht dafür, daß wirkliche, tief empfundene Bedürfnisse innerhalb der proletarischen Frauenwelt zur Gründung von Bildungsvereinen führen. Des Weiteren aber besagt er, daß es nicht die Art der Organisation ist, welche die Mißerfolge der früheren Jahre bedingt hat, daß diese vielmehr auf Rechnung der Umstände gesetzt werden müssen, unter denen die Ver-

eine gegründet wurden und existierten, sowie auf Rechnung eines unrichtig abgegrenzten Wirkungsgebietes.

Die Existenzberechtigung der Bildungsvereine ist unserer Ansicht nach dort unbestreitbar, wo das Vereinsgesetz den nicht berufstätigen Frauen jede andere Form der Organisation, jede Zugehörigkeit zu einem politischen Verein unmöglich macht. Die nichtberufstätigen Frauen den Gewerkschaften zu weisen zu wollen, ist ebenso unberechtigt als erfolglos. Und mag das Wirkungsfeld der Bildungsvereine noch so eng begrenzt sein, besser immerhin eine unvollkommene Art der Organisation als völlige Organisationslosigkeit. Wenn nichts Anderes, so kann der Bildungsverein etwas sehr Werthvolles leisten: die einzelne Frau aus der Beschränktheit des Familienegoismus zum Wirken in einer Gemeinsamkeit und für eine Gemeinsamkeit emporzuheben. Existenzberechtigt ist der Bildungsverein auch da, wo es die Rückständigkeit der Genossen oder Genossinnen ausschließt, daß beide mit Nutzen in einer Organisation lernen und thätig sind. Existenzberechtigt ist ferner der Bildungsverein für Frauen und Mädchen überall dort, wo er solche Bedürfnisse nach Entwicklung des Geistes und Charakters der Proletarierin befriedigt, die in der Eigenart und den Sonderpflichten der Frau begründet sind, und die innerhalb der allgemeinen proletarischen Organisationen nicht genügend berücksichtigt werden können.

Aber freilich hat die kräftige Entwicklung von Bildungsvereinen zunächst eine Voraussetzung: das Vorhandensein von geeigneten organisatorischen und leitenden Kräften, die sich leider nicht überall nach Wunsch und Bedürfnis aus der Erde stampfen lassen. Des Weiteren ist Klarheit über das Wirkungsgebiet der Bildungsvereine erforderlich. Sollen sich diese ungekränkt von den Behörden und gefördert von der Arbeiterklasse entwickeln, so müssen sie darauf verzichten, Aufgaben lösen zu wollen, die sie Dank des Vereinsunrechts nicht lösen dürfen, oder die sie Dank der vorhandenen allgemeinen proletarischen Kampfes- und Bildungsorganisationen nicht zu lösen brauchen. Sie dürfen sich an die Frauen und Mädchen weder wenden als an politische noch als an gewerkschaftliche Kämpferinnen, sie dürfen nicht Organe zur einschlägigen Schulung sein wollen. Ihre Aufgabe muß es vielmehr sein, die weibliche Persönlichkeit in der Proletarierin zu erfassen und durch Bildung des Geistes und Charakters auf ein höheres Niveau zu heben, sie zu kräftigen und zu vertiefen. Zu diesem Zwecke haben sie die Proletarierinnen auf dem Gebiete der Naturwissenschaften, Hygiene, der Kinderpflege, Erziehung u. v. mit Kenntnissen auszustatten. Wirken die Bildungsvereine für Frauen und Mädchen in dieser Richtung und nicht als kräftezersplitternde Konkurrenzorganisationen der Gewerkschaften und politischen Vereine, so werden sie sich überall als nützlich und geschätztes Glied der Arbeiterbewegung einfügen. Wieweit die Bildungsvereine hier und da über die Grenzen dieses Thätigkeitsfeldes hinausgehen, welche Einzelaufgabe sie in Angriff nehmen können, darüber läßt sich unseres Erachtens keine allgemein gültige

Schablone aufstellen. Das kann nur von Fall zu Fall entschieden werden auf Grund genauester Kenntniß der rechtlichen und anderen Verhältnisse, der verfügbaren Kräfte u. v. Wenn irgendwo das Wort gilt: Eines schickt sich nicht für alle, alles schickt sich nicht für einen, so in dieser Hinsicht. Wie die Agitation unter den Arbeiterinnen, so bieten die Bildungsvereine unseren „stillen Anhängerinnen“ die Möglichkeit zu sehr reicher, ersprießlicher Thätigkeit.

Es dürfte hier und da auffallen, daß auf der Tagesordnung der Konferenz nicht die Erörterung einer der allerwichtigsten Aufgaben der proletarischen Frauenbewegung steht: die Mitarbeit auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung. Der Grund hiefür ist sicher nicht in einer Verkennung unserer diesbezüglichen Pflichten zu suchen. Die Kommission hat sich vielmehr von der Auffassung leiten lassen, daß die Frage nach Mitteln und Wegen zur gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnenmassen einer besonderen, eingehenden und gründlichen Erörterung bedarf und in so innigem Zusammenhang mit der Gewerkschaftsbewegung steht, daß sie nicht auf einer Frauenkonferenz berathen werden sollte, sondern von den Genossinnen zusammen mit den Gewerkschaften.

Wir hoffen, daß die Frauenkonferenz zu Mainz in jeder Hinsicht zum Ausgangspunkt eines kräftigen Aufschwungs der proletarischen Frauenbewegung wird. Wir hoffen, daß sie den Genossinnen neue Wege zeigt und ihnen zu der alten Begeisterung und Ueberzeugungstreue neue Kraft, klarere Erkenntniß verleiht, um in dem weiblichen Proletariat Massen zu sammeln und Kerntruppen zu schulen, welche der geschichtlichen Aufgabe gewachsen sind, den Kampf für das Ende der Knechtschaft des Menschen durch den Menschen zu führen und seine Schlachten siegreich zu schlagen.

Die Frauenkonferenz in Mainz.

Noch kurze Zeit, und in Mainz kommen die Delegirten der proletarischen Frauen Deutschlands zusammen, um Vorschläge zu machen und Rath zu pflegen, wie die Agitation in Zukunft planvoller und damit wirkungsvoller gestaltet werden könne.

Als vor einigen Jahren auf dem Parteitag der Antrag Annahme fand, allerorts möglichst weibliche Vertrauenspersonen zu wählen, die eine planvolle Agitation unter den Frauen zu entfalten und zu leiten hätten, haben wohl wir Alle uns einen besseren Erfolg von dieser Einrichtung versprochen. Jedoch eine ganze Reihe von Faktoren haben zusammengewirkt und bedingt, daß die Wirklichkeit hinter den Erwartungen zurückblieb. Zunächst ist in den meisten Orten der betreffende Beschluß nicht zur Ausführung gelangt. Leicht erklärlich. Die Genossen sind fast allerorts überbürdet mit der Agitations- und Organisationsarbeit unter den Männern und haben daher wenig Zeit und wegen der besonders mühevollen Arbeit auch oft wenig Lust, sich noch besonders um die Frauenbewegung zu küm-

Anekdote.

Von Henrik Pontoppidan.

(Fortsetzung.)

„Ja — so, ja — so . . . natürlich, das ist ja ein ander Ding . . . Dann ist es wohl Anders Jensen's kleiner Kasten, der da hineingesteckt werden soll?“

„Ja. Wir haben dort ja kein Recht mehr, sagen sie, und also . . .“

„Ja, konnte mir's schon denken. Das ist ja, wie man sagt, eine gewaltig umständliche Sache, dies kleine Ding in die Erde zu kriegen. Die Küstersfrau war gestern Abend auf einen Augenblick bei uns zum Besuch hereingekommen und sie erzählte, es sollte mit den Glocken geläutet werden. Aber ob das nun wohl auch seine Wichtigkeit haben kann?“

„Das kann es vielleicht wohl.“

„Ja, sicher und gewiß ist es, daß sowohl der Probst als die Pröbstin zum Schmaus geladen sind — und der Doktor mit, wie ich denke — allenfalls hat er wenigstens ebenso wie die Andern die Fahne gehißt . . . Na ja — Anders Jensen hat ja die Mittel dazu — und noch zu mehr, wenn es sein sollte. Aber es sind, meiner Seel, nicht Alle, die ihren Kindern ein solches Begräbniß geben können.“

„Ah, nein“, sagte Elisabeth, als wenn sie aufs Neue in Gedanken versunken wäre.

„Uebrigens — merkwürdig bleibt es doch“, setzte der Alte fort, indem er sie immer mehr und mehr neugierig mit den zu-

sammengedrungenen Augen musterte, — „denn davon wußte ich ja gar nichts, daß Ihr hier kleine auf dem Kirchhof habt, Elisabeth.“

„Ah, nein, wahrhaftig“, antwortete diese langsam und sah wieder über die Ebene und den Kirchenweg hinaus. „Man kann sich ja nicht darüber wundern, ist es doch kaum, daß man es selbst weiß.“ —

„Ach, ja, so geht es“, sagte er und schüttelte den Kopf. „Es kommt ja so Vieles dazwischen und so Viele kommen nachher — und die Jahre gehen ins Land . . . Ach ja — ich kenne das ja auch, ich auch. — War es denn vielleicht ein kleiner Junge, Elisabeth?“

„Nein — es war ein Mädchen!“

„Herrgott, war es ein Mädchen — sieh mal, das ist ja ein ander Ding . . . Aber da haben wir ja kleine Lotte“, wandte er sich darauf an das kleine Mädchen, das mit allen Zeichen der Ungeduld sich an die Mutter drückte. Diese nahm ihre Hand und liebte sie heimlich.

„Ja, — ich bekam ja keine Ruhe, ehe ich ihr erlaubte, mitzugehen. Sie wollte durchaus ihre kleine Schwester sehen, sagte sie.“

„Nun ja, das versteht sich ja von selbst. Sie hat sie ja nie früher gesehen, wie ich denke. . . . Denn es muß doch wohl viele Jahre her sein, daß der kleine Wurm damals von Euch starb?“

Aber als Elisabeth hierauf gar nichts antwortete, stuzte der Alte. Dann zog er seine buschigen Augenbrauen langsam in die Höhe, und als er Elisabeth eine Weile gemustert hatte, schnupperte

mern, sintonalen der Erfolg der Agitation unter den Frauen nicht immer ein greifbarer, in die Augen springender ist. Bei der politischen Rechtslosigkeit der Frauen ist ja dieser Erfolg nicht zu messen an der zunehmenden Stimmenzahl bei Wahlen, und falls es sich nicht um Industriearbeiterinnen handelt, nicht einmal an der wachsenden Mitgliederzahl der Organisirten.

Zeitverschwendung wäre es aber wahrlich, wollte man an dieser Stelle auseinandersehen, wie nothwendig es dessenungeachtet ist, für weitere Aufklärung, planvollere Agitation unter den Frauen und ausgedehntere Mitarbeit derselben in der allgemeinen Bewegung einzutreten. Zeitverschwendung wäre es, auf die Gefahren hinzuweisen, welche die Rückständigkeit der Frauen für die ganze Arbeiterbewegung in sich birgt. Darüber sind wir uns wohl Alle einig.

Nicht Klagen führen über Versäumtes und Unterlassenes, sondern praktische Vorschläge machen und nach Annahme derselben sie in die Wirklichkeit umsetzen, das gilt es, und hierzu möchte ich mein bescheiden Theil beitragen.

Zunächst wünsche ich, daß das System der weiblichen Vertrauenspersonen besser ausgebaut wird. Nicht nur, daß man allerorten die Wahl derselben vornimmt, sondern auch, daß man sie mitarbeiten läßt, wie es seit jüngster Zeit in Dresden geschieht. Hier nehmen die Beauftragten der Genossinnen an allen wichtigen Besprechungen theil und bringen die gefaßten Beschlüsse mit zur Ausführung. Der Gesichtskreis der so mitarbeitenden Frauen wird bedeutend erweitert. Sie erlangen eine größere Selbstständigkeit und Sicherheit in den Verwaltungsarbeiten, die nicht nur ihnen, sondern der ganzen Frauenbewegung zu Gute kommt. Das Letztere wird umsomehr der Fall sein, je mehr die gewählten Genossinnen es verstehen, einen größeren Kreis von Frauen um sich zu schaaren. Aber immer ist mit der Thätigkeit der weiblichen Vertrauenspersonen erst ein kleiner Schritt zu dem eigentlich zu erstrebenden Ziele gethan: die große, breite Masse der bisher indifferenten Frauen zu gewinnen und zu zielklaren Mitkämpferinnen zu erziehen. Unnötig zu betonen, daß eine kleine Schaar thätiger Genossinnen an einem Orte immer weitere Kreise von Ideen- und Kampfesgenossinnen heranziehen werden, daß durch Volks- und Frauenversammlungen die Aufklärungsarbeit gefördert wird. Was uns besonders fehlt, ist die methodische Erziehung der Frauen zum Sozialismus. Hier sollte vor allem das Wirken unsere Presse einsehen. Nun haben wir ja, werden Viele sagen, unsere Parteizeitungen und die „Gleichheit“, in diesen Organen ist alles Nöthige enthalten. Das trifft nicht zu. Unsere Parteipresse führt fast ausnahmslos eine Sprache, die dem Auffassungsvermögen der Frauen, d. h. der Frauen, die wir gewinnen wollen, absolut nicht angepaßt ist und auch, wenn sie ihren Zweck erfüllen soll, nicht angepaßt sein kann. Ebenso ist die „Gleichheit“ keine Zeitung, die eine noch völlig indifferente und jeder Schulung ermangelnde Frau zum Sozialismus führen kann, die dieser gewissermaßen die Anfangsgründe des Sozialismus lehrt, sondern es

er nachdenklich durch seine großen Nasenlöcher, als wenn ihm plögl- lich ein Licht aufginge.

„Ach, ja, ja“, seufzte er darauf. „Die Welt ist nicht aus Zucker — wie man zu sagen pflegt. Oft scheint einem ja, daß sie anders sein könnte. Aber gerade so wie sie ist, wird der liebe Gott sie wohl haben wollen. Und dann wird sie so wohl auch am besten sein.“

Im selben Augenblick wurde vom Kirchhof aus gerufen.

Der Alte grüßte und setzte räuspemd und hustend seinen Weg über den Gipfel fort, aber Elisabeth nahm stillschweigend ihr Kind an der Hand und ging zwischen die Gräber hinein. Hier, ungefähr in der Mitte des nackten Friedhofs, waren zwei Männer mit Hacke und Schaufel beschäftigt. Der eine — ein echter Villenluder nach Niels Nilsens Ebenbild: buckelig, kurzhalsig, mit einem breiten Galgengrinsen in dem braunweinstrohen Gesicht — stand unten im Grab und warf Erde und Geröll zu dem andern hinauf, der es wieder an beiden Seiten in großen Haufen zusammenschaukelte. Dieser war ein lang aufgeschossener und schläfrig aussehender Bursche, der jedesmal dann lächelte, wenn unten im Grabe der ältere mit seiner Braunweinstimme den einen oder andern Scherz zum Besten gab. Aber gerade als Elisabeth sich näherte, hockte er auf den Rand des nahezu fertig gegrabenen Loches nieder und betrachtete einen großen, braunen, zahnlosen Todtentopf, den der andere in den Händen hielt. Da nun auch Elisabeth hinzugekommen war, starrten sie ihn alle Drei eine Weile an — und darauf in stummer Bewunderung sich selbst, während die kleine Lotte, blau vor Schreck, sich krampfhaft an den Rücken der Mutter festhielt. (Schluß folgt.)

ist eine Zeitschrift für die überzeugten Sozialdemokratinnen. Was ich meine, ist ein Organ für die Masse der Frauen, das ausschließlich solche Fragen behandelt, welche die Frau interessieren, und zwar diese in einer Weise behandelt, die dem Begriffsvermögen der breiten Masse der Frauen angepaßt ist, die sie bei der Besprechung von konkreten Fällen aus dem Alltagsleben zu logischem Denken und selbständigem Urtheilen in unserem Sinne ganz allmählig erzieht. Eine wie unvergleichliche, schneidige Waffe die Presse in der Arbeiterbewegung ist, ist uns Allen bekannt. So muß sie auch in der Arbeiterinnenbewegung die Rolle des steten Tropfen spielen, der den Stein höhlt. Sie muß zunächst bei der Frau das Bewußtsein ihrer elenden Lage und unwürdigen Stellung wecken, denn das fehlt zumeist noch, und daneben den Weg der Befreiung zeigen. Es könnte solch eine Frauenzeitung unseren größeren, leistungsfähigeren Parteiblättern als wöchentliche Beilage beigegeben werden, bei den kleineren Blättern aber könnte zum mindesten eine Rubrik: „Frauenbewegung“ eingerichtet werden, wie sie z. B. in ähnlicher Weise der „Vorwärts“ schon seit längerer Zeit eingeführt hat. Allerdings wird die Neuerung Kosten verursachen, jedoch wird sicher der Erfolg dieselben doppelt und dreifach aufwiegen. Besonders nothwendig wird eine solche Einrichtung in denjenigen unserer Vaterländer sein, wo es der Frau, in Rücksicht auf das Vereinsgesetz, fast unmöglich gemacht ist, in Versammlungen, durch das gesprochene Wort sich Aufklärung zu verschaffen, wie z. B. in Braunschweig, Mecklenburg u. s. w. Wenn in diesen Orten und selbstverständlich auch anderswo, die Mitarbeiterinnen der „Frauenzeitung“ tägliche Vorlesungen aufgreifen, um bei einer Besprechung derselben auf die allgemeinen Verhältnisse überzugehen und an ihrer Hand in leichtverständlicher Weise unsere Theorien zu erörtern, so wird das außerordentlich wirksam sein, schon deshalb, weil diese Aufklärungsarbeit eine unausgesetzte, in methodischer Weise betriebene ist. Bei einem Unfall, der sich in der Fabrik zugetragen, kann z. B. auf die Nothwendigkeit des Ausbaues des Arbeiterschutzes hingewiesen werden, auf die Nothwendigkeit, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter selbst die Befolgung der Schutzvorschriften mit überwachen etc. Bei Besprechung verbesserungsbedürftiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse kann und muß auf die Gewerkschaft hingewiesen werden u. s. w. Bei einem Kindesmord, der von einem armen verlassenen Mädchen in der Verzweiflung begangen worden, müssen die Grundursachen aufgedeckt werden, die das Verbrechen gezeitigt haben u. s. w.

Für einen kleinen Kreis schon vorgeschrittener Genossinnen erschließt sich damit ein weites Thätigkeitsfeld. Sie Alle müssen Mitarbeiterinnen werden, Material herbeischleppen, das von den Redakteuren verarbeitet werden kann oder das sie selbst druckreif der Zeitung überweisen.

Die vorgeschritteneren Genossinnen finden außerdem in den Frauenbildungsvereinen eine Stätte, wo sie ihr Wissen bereichern und sich üben können, in klarer und zusammenhängender Weise ihre Gedanken zum Ausdruck zu bringen. Vor einigen Jahren noch war ich kein Freund solcher Vereine, aus Gründen, die hier nicht erörtert zu werden brauchen. Ich habe jedoch an den verschiedenen Orten gesehen, wo seitdem solche Organisationen ins Leben gerufen worden sind, daß dieselben sehr wohl segensreich wirken können, sintonalen die meisten Frauen, selbst wenn sie durch das Vereinsgesetz nicht behindert sind, sich den politischen Organisationen der Männer anzuschließen, sich doch mit ihren Anschauungen in den politischen Kreisen nicht hervortrauen. Wer jedoch schwimmen lernen will, muß bekanntlich ins Wasser gehen. Haben die Frauen erst dort, wo sie sich unter sich wissen, in ihren eigenen Vereinen gelernt, ihren Gedanken Ausdruck zu geben, so wird sich auch allmählig die ihnen anhaftende Scheu in den allgemeinen Organisationen verlieren. Damit wäre skizzirt, was ich für das Nothwendigste halte zur weiteren planvolleren Aufklärungsarbeit unter den proletarischen Frauen.

Mögen die Genossinnen und Genossen, welche als Delegirte oder als nur Berathende an der Konferenz theilnehmen, das Rechte treffen, um ein beschleunigteres Tempo der Arbeiterinnenbewegung herbeizuführen. Darum ein Glück auf! der Frauenkonferenz in Mainz.
Louise Zieg.

Zur Lage der Neuplätterinnen.

Von Hans Barchwald.

I.

(Schluß.)

Vor der Reichskommission für Arbeiterstatistik erklärte im Jahre 1896 der als Sachverständiger vernommene Berliner Wäschefabrikant Ritter, daß ungefähr ein Drittel der Plätterinnen während der Lehrzeit ausscheidet, weil die Arbeiterinnen die schwere Arbeit nicht ertragen und das Stehen nicht aushalten können. Die vor der Kommission ver-

nommenen Plätterinnen erklärten sämtlich, daß ihnen in Folge des langen Stehens oft die Füße wehthun, und daß im Sommer die Temperatur im Plätterraum wärmer ist als die Außentemperatur.

Fragen wir nun, ob die gesundheitlich so ungünstige Berufstätigkeit der Plätterinnen angemessen entlohnt wird. Leider ist die materielle Lage der Neuplätterinnen eine sehr traurige. Die Löhne stehen nicht im Entferntesten mit den hohen Anforderungen im Einklang, die an die Leistungskraft dieser Schichte des weiblichen Proletariats gestellt werden. In Berlin betragen die Akkordlöhne pro Duzend: Stehkragen 20 bis 40 Pf., durchschnittlich 30 Pf.; Umlegekragen 20 bis 50 Pf., durchschnittlich 35 Pf.; Manschetten 35 bis 90 Pf., durchschnittlich 50 Pf.; Serviteurs 40 bis 70 Pf., durchschnittlich 60 Pf.

Die angegebenen Lohnsätze schwanken selbstverständlich je nach der Qualität des Fabrikats. Die Tagesleistung einer besonders tüchtigen Neuplätterin beträgt bei Stehkragen 8 bis 10 Duzend, bei Umlegekragen 6 bis 8 Duzend, bei Manschetten 5 bis 8 Duzend. Weniger geübte Arbeiterinnen plätten pro Tag 3 bis 5 Duzend Umlegekragen, 4 bis 7 Duzend Stehkragen etc. Wenn natürlich auch Uebung und Geschicklichkeit die Höhe des Verdienstes beeinflussen, so ist doch das Einkommen der tüchtigsten Plätterin ein sehr geringes. Dr. Feig erzählt, daß er sich die Lohnbücher einer sehr geübten Neuplätterin verschafft habe, die in den letzten Jahren je 192 bis 260 Arbeitstage zählte. Ihr Jahreseinkommen betrug 612,50 bis 720,64 Mk. Der durchschnittliche Wochenverdienst stellte sich auf 11,78 bis 13,96 Mk., in den Wochen, in denen täglich gearbeitet wurde, stieg er auf etwa 15 Mk. Als durchschnittlicher Tagelohn ergab sich 2,77 bis 3,18 Mk. Der höchste, in den verschiedenen Jahren erzielte Wochenlohn betrug von 20 Mk. bis 25,83 Mk., der höchste Tagesverdienst 4,49 Mk., welche außergewöhnliche Leistung aber mußte die Plätterin vor sich bringen, um den „hohen“ Verdienst von 4,49 Mk. zu erzielen! Sie mußte in einem einzigen Tage plätten: 7 Duzend Kragen zu je 35 Pf., 3 Duzend zu je 30 Pf. und 2 Duzend zu je 27 Pf., zusammen also 14 Duzend oder 168 Stück Kragen. An einem anderen Tage derselben Woche leistete die nämliche Plätterin quantitativ noch mehr. Sie bekam es fertig, an einem einzigen Arbeitstage 17 Duzend gleich 204 Kragen zu bügeln, verdiente aber trotzdem weniger, wie an jedem anderen Tage dieser arbeitsreichen Woche, nämlich 3 Mk. 40 Pf., da ihr jedes Duzend nur mit 27 Pf. bezahlt wurde. Wie niedrig und wie schwankend im Allgemeinen der Verdienst der Neuplätterinnen ist, dafür spricht die folgende Thatsache. Es kam vor, daß die erwähnte Plätterin, die doch eine außergewöhnliche Geschicklichkeit besaß, die ganze Woche, ohne auch nur einen Tag arbeitslos zu sein, nicht mehr als 10 Mk. verdiente. Anfängerinnen müssen sich mit Hungerlöhnen von 6 bis 8 Mk. begnügen, und kommen erst nach längerer Zeit auf 12 bis 15 Mk. Dr. Feig erfuhr, daß eine Fabrik, um die Leistungen und Ausbeutung der Plätterinnen aufs Aeußerste zu steigern, ein Prämiensystem einführte. Wenn in diesem Betrieb eine Plätterin 15 Mk. verdient, so erhält sie noch 75 Pf. darüber. Die Prämie steigt bis zu 3 Mk. bei einem Verdienst von 25 Mk. Es soll in der Fabrik vorkommen, daß einige Plätterinnen einen Durchschnittsverdienst von 19 Mk. pro Woche erzielen, ja daß Arbeiterinnen, welche seit 10 Jahren in demselben Etablissement schaffen, es in der Woche auf 20 bis 21 Mk. durchschnittlich bringen. Selbstverständlich erreichen aber die Arbeiterinnen diese hohen Wochenlöhne nur durch eine Ueberanstrengung ihrer Kräfte, welche die Gesundheit ruiniert.

Da es fast keine Neuplätterin giebt, welche gegen Zeitlohn beschäftigt ist, so ist es nicht leicht, das Einkommen dieser beklagenswerthen Kategorie der Arbeiterinnen festzustellen. Zu bedauern ist es, daß die Gewerbe-Deputation der Stadt Berlin die Löhnermittlungen nicht fortsetzte, die sie in früheren Jahren anstellte. Nach denselben betragen die Durchschnittslöhne der Plätterinnen:

1885	13,10 Mk.	1888	12,25 Mk.
1886	12,50 „	1889	12,94 „
1887	12,67 „	1891	13,77 „

Der durchschnittliche Wochenverdienst der Plätterinnen ist also von 1885 bis 1891 nur um wenige Pfennige gestiegen, und diese Steigerung, wie der Lohn selbst steht in keinem Verhältnis zu den Anforderungen, welche die Lebenshaltung stellt.

Die Höchslöhne betragen nach der nämlichen Quelle:

1887	27 Mk.	1889	32,40 Mk.
1888	27 „	1891	27 „

Die niedrigsten Löhne stellten sich 1887 auf 6,83 Mk., 1888 und 1889 auf je 5 Mk. und 1891 auf 5,50 Mk.

Die Stadt Berlin, welche viele Zehntausende von Mark übrig hat, wenn es sich um Monarchenempfänge und höfisches Gepränge handelt, hat nicht die Mittel angewendet, um die angezogenen statistischen Erhebungen fortzusetzen. Immerhin sind die vorliegenden

Ermittelungen noch jetzt von Werth; da der Verdienst der Neuplätterinnen in den letzten 20 Jahren im Wesentlichen gleich geblieben ist. Wohl hat sich ihr Erwerb dadurch verschlechtert, daß jetzt die Kragen durchschnittlich aus mehr Lagen bestehen und daher schwerer zu plätten sind, und daß außerdem früher mehr gut bezahlte Damenwäsche gearbeitet wurde, wie jetzt. Andererseits erfolgte in den Berliner Wäschefabriken eine kleine Lohnaufbesserung von zwei Prozent, als im Anschluß an die Meiseier des Jahres 1890 auch die leider im Allgemeinen so gebildigten Plätterinnen in eine Lohnbewegung eintraten.

Das ganze Einkommen der Neuplätterinnen wird noch in vielen Betrieben durch die üblichen Strafzüge geschmälert. In den größeren Fabriken, wo mit Strenge auf Pünktlichkeit gesehen wird, steht auf das geringste Zuspätkommen eine Strafe von 10 bis 20 Pf. Wir erinnern an einen früheren Aufsatz dieser Zeitschrift (siehe die „Gleichheit“ vom 30. Mai 1894), in welchem geschildert wurde, daß die Arbeiterinnen sich in manchen Betrieben für 30 Pf. wöchentlich das Recht erkaufen können, täglich 5 bis 10 Minuten zu spät zu kommen. Auch wegen anderen Uebertretungen der zucht hausartigen Arbeitsordnungen sind Strafgebühren üblich, zum Beispiel wegen Sprechens während der Arbeit etc.

Nach Dr. Feig giebt es in Berlin einen sehr gefürchteten Werthführer, der, wenn er bemerkt, daß eine Plätterin spricht, den zu ihrem Plätteisen gehörigen Gasbahn zubreht und die Unglückliche nach Hause schickt, auch wenn es noch Vormittag ist. Die Arbeiterin geht in der Folge ihres Tagelohnes verlustig.

Eine ganz besonders schamlose Art der Ausbeutung im Plätterergewerbe stellt die Lehrlingszuchterei dar, die viele Wäschefabrikanten treiben. Die Lehrzeit der Plätterinnen dauert zumeist 6 Wochen, und obwohl die Mädchen schon am ersten Tage tüchtig zur Bereicherung des Fabrikanten schuften müssen, haben die Armen doch ein Lehrgeld von 10 bis 15 Mk. an den Unternehmer zu zahlen. Uebrigens wird die Lehrzeit nicht überall nach Wochen berechnet. Dr. Feig erfuhr zum Beispiel, daß in einer Fabrik das Lehrgeld in der Plätterei 40 Duzend Kragen gut gebügelt haben muß, damit es für „ausgelernt“ erklärt wird. Die meisten Lehrgeldmädchen brauchen 6 bis 8 Wochen, um diese Leistung fertig zu bringen. Nach den meisten Lehrverträgen müssen sich die Lehrgeldmädchen verpflichten, nach der Lehrzeit ein oder mehrere Jahre in derselben Fabrik zu arbeiten, während sich der Prinzipal das Recht vorbehält, die Arbeiterinnen auch früher zu entlassen. Wenn derartige Verträge nach der Meinung des Volkes auch den guten Sitten widersprechen, so sind doch die Juristen anderer Ansicht, und die sehr gut organisierten Unternehmer verstehen es prächtig, durch die Anwendung schwarzer Listen dafür zu sorgen, daß die betreffende Bestimmung nicht nur auf dem Papier steht. Daß in einer großen Fabrik in Berlin unentgeltliche Lehrzeit für Plätterinnen eingeführt worden ist — wie Dr. Feig berichtet — wollen wir nicht verschweigen. Es ist wirklich ein Zeichen erstaunlicher Nächstenliebe, daß ein Millionär sich von seinen armen Lehrgeldmädchen, die als Arbeiterinnen zu seiner Bereicherung beitragen, nicht 10 bis 15 Mk. schenken läßt.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Im Auftrage des Fabrikarbeiterverbandes sprach Genossin Zieg in der Zeit vom 14. bis 24. Juli in einer Reihe öffentlicher Versammlungen im Rheinland und in Westfalen, und zwar in Ehrenfeld, Düsseldorf, Bonn, Schwelm, Sevelsberg und Hagen. Sämtliche Versammlungen waren gut besucht, und es wurden dem Verbands nicht nur eine Reihe neuer Mitkämpfer gewonnen, sondern es ist auch die Gründung von zwei neuen Zahlstellen erfolgt.

Ebenfalls im Auftrage des Verbandes der Fabrikarbeiter sprach Genossin Zieg in öffentlichen Versammlungen im Königreich Sachsen. Vom 25. Juli bis 3. August referirte sie in Gartha, Meissen-Köln, Wurzen, Dresden, Potschappel, Eilenburg, Schkeuditz, Markranstädt und Radeberg. In Gartha verfiel die Versammlung der Auflösung. Der überwachende Beamte hatte nämlich erklärt, es nicht dulden zu können, daß Mitglieder aufgenommen würden, und Genossin Zieg bemerkte darauf, die Versammelten müßten sich diesem Verbote heute ja fügen, um einer Auflösung vorzubeugen, doch sei sie persönlich der Meinung, der Beamte befände sich im Unrecht. Polizeistrenge erblickte in dieser Aeußerung eine Beamtenebeleidigung. Die übrigen Versammlungen verliefen ohne störenden Zwischenfall und brachten dem Verbands zirka 100 neue Mitglieder, sowie eine neue Zahlstelle. L. Z.

In Schöneberg sprach Genossin Altmann in einer sehr gut besuchten Versammlung über „Die christliche Schule im Zeitalter der

Naturwissenschaft". Genossin Zhrer referierte in einer Volksversammlung zu Berlin, die sich eines so glänzenden Besuchs erfreute, daß der große Saal des Swinemünder Gesellschaftshauses bis auf den letzten Platz gefüllt war, über „Lassalle und die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie“. In Ober-Schöneeweide hielt sie vor 700 Personen einen mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Weltmachtpolitik“. Zur Einleitung der Lohnbewegung der Berliner Buchbinderinnen behandelte Genossin Zhrer das Thema: „Wer schützt die Arbeiterin vor Noth und Gefahr?“ Die Rednerin entwarf mit ebenso viel Sachkenntnis als Gefühl ein Bild von der Lage der Buchbinderinnen und zeigte, was die Macht der gewerkschaftlichen Organisation zum Schutze der Arbeiterinnen vermag. Ihre Ausführungen fanden jubelnde Zustimmung und haben manche Anwesende der Gewerkschaft zugeführt.

Zu der Resolution der Genossinnen, welche die Beibehaltung der jetzigen Organisationsform unter Vertrauenspersonen in allen Bundesstaaten befürwortet, wo den Frauen die Theilnahme an politischen Vereinen verboten ist, ferner das Eintreten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für Aufhebung der einschlägigen Bestimmungen durch Reichsgesetz, haben die sechs Parteiversammlungen der Berliner Genossen Stellung genommen. Die Resolution wurde im ersten Wahlkreise abgelehnt, weil Genosse Täterow sie für unerheblich erklärte, da sowieso geschehe, was sie verlange. Im dritten Wahlkreise wurde sie durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, nachdem Genosse Heine und andere Redner dargelegt hatten, sie sei überflüssig. Die Parteiversammlung des fünften Wahlkreises nahm die von Genossin Zhrer sehr wirksam begründete Resolution mit großer Mehrheit an. Dagegen wurde sie im sechsten Wahlkreise trotz einer trefflichen Befürwortung durch Genossin Mesch abgelehnt. Wie der zweite und vierte Wahlkreis entschieden haben, ist aus den uns vorliegenden Berichten nicht ersichtlich. In Schöneberg beschäftigte sich eine öffentliche Parteiversammlung ebenfalls mit der Resolution. Die Genossinnen Wäumler und Meiling traten nachdrücklich für sie ein. Der erste Theil der Resolution wurde gegen 19 Stimmen abgelehnt, der zweite dagegen einstimmig angenommen. Die Parteikonferenz für den Wahlkreis Teltow-Weeskow-Charlottenburg erledigte die Resolution durch Uebergang zur Tagesordnung, weil sie sich bereits für Aenderung der Organisationsform, Uebertragung der Parteigeschäfte an feste Vereine, ausgesprochen hatte und es für selbstverständlich erachtete, daß die Fraktion für Beseitigung der reaktionären Vereinsgesetze eintritt. Genossin Vogel hatte die Forderungen der Resolution energisch verteidigt. Auch die Parteikonferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg erörterte die Frage der Organisationsform, hat aber dem Berichte nach keinen Beschluß zu derselben gefaßt. Genossin Zhrer führte dazu Folgendes aus: „Wenn die Aenderung der Agitationsform den Erfolg hätte, daß die Genossen alle dem Wahlverein beitreten würden, dann wären wir Agitatorinnen die ersten, die dafür einträten. Aber für einen solchen Erfolg sei keine Garantie gegeben. Da die sozialdemokratische Partei die einzige sei, die den Frauen die Mitarbeit gestattet, so hieße es den Parteigenossinnen ihre Rechte innerhalb der Partei nehmen, wenn man die Parteigeschäfte in die Wahlvereine verweisen würde. Solange es Vereinsgesetze giebt, die den Frauen die Mitarbeit in den politischen Vereinen untersagen, sei es Aufgabe der Genossen, erst diese Gesetze zu beseitigen und dann über die Form der Organisation zu diskutieren. Es schein fast, als ob es einem Theil der Genossen angenehm ist, daß die Mitarbeit der Frauen durch Uebertragung der Parteigeschäfte an die Vereine ausgeschlossen wird. (Widerspruch.) Wo die Möglichkeit vorhanden ist, daß sich die Frauen politisch organisieren können, da ist es selbstverständlich, daß die organisierten Genossen über die Parteianglegenheiten zu entscheiden haben. So lange das aber nicht der Fall ist, dürfe man die Frauen nicht von der Mitarbeit ausschließen. Lebhafter Beifall folgte diesen Worten.“

Wahl weiblicher Delegirter zum Parteitag. Im zweiten Hamburger Wahlkreise wurde außer einem Genossen auch eine Genossin zum Mainzer Parteitag delegirt: Genossin Kollau. Es ist das erste Mal, daß der betreffende Wahlkreis durch eine weibliche Delegirte auf einem Parteitag vertreten ist. Im ersten Hamburger Wahlkreise unterlag leider Genossin Zieh bei der Delegirtenwahl, doch soll der Wahlausfall von den Genossen angefochten werden. Genossin Steinbach ist als Delegirte für den dritten Hamburger Wahlkreis vorgeschlagen worden. Der Wahlausgang ist uns zur Zeit noch nicht bekannt. In Wandersbeck-Altona war Genossin Kähler als Delegirte zum Parteitag vorgeschlagen worden, erhielt jedoch leider keine Majorität. Auf der Parteikonferenz des Wahlkreises Teltow-Weeskow-Charlottenburg wurde ebenfalls die Entsendung einer Delegirten zum Parteitag beantragt und als solche

Genossin Vogel empfohlen. Bei der Wahl blieb Genossin Vogel in der Minorität. Die Genossinnen von Dresden entsenden eine eigene Delegirte zum Parteitag, welche in öffentlicher Frauenversammlung gewählt wird. Eine öffentliche Parteiversammlung zu Köln übertrug Genossin Zieh ein Mandat zum Parteitag; dieselbe wurde auch von einer öffentlichen Versammlung der Hamburger Genossinnen mit der Vertretung betraut.

Wahl von Delegirten zur Frauenkonferenz. Eine öffentliche Parteiversammlung zu Düsseldorf delegirte Genossin Gott-husen zur Frauenkonferenz. Die Hamburger Genossinnen und Genossen haben beschlossen, die drei Wahlkreise durch je eine Delegirte auf der Frauenkonferenz vertreten zu lassen. Als Delegirte sind die Genossinnen Pionetti, Steinbach und Zieh vorgeschlagen, die in öffentlicher Frauenversammlung gewählt werden sollen. Genossin Kähler wird Wandersbeck-Altona vertreten. Die Kreiskonferenz des Wahlkreises Ottensen, welche zu Glückstadt tagte, übertrug Genossin Unger ein Mandat zur Frauenkonferenz. Eine öffentliche Versammlung in Offenbach a. M. wählte einstimmig Genossin Tröger als Delegirte.

Wahl weiblicher Delegirter zum internationalen Sozialistenkongress zu Paris. Eine öffentliche Frauenversammlung in Hamburg wählte Genossin Zieh als Delegirte zum Pariser Kongress. Die Genossinnen fast aller größeren Städte und Industriezentren haben ihre Vertretung den Genossinnen Zieh und Zetkin übertragen.

Anträge der Genossinnen zur Frauenkonferenz zu Mainz.

Anträge, die vorgeschlagenen Punkte der Tagesordnung betreffend.

ad 2 a): Agitation unter dem weiblichen Proletariat.

Genossin Braun-Berlin: Es sind kurze, packende, stets nur eine bestimmte Frage behandelnde Flugblätter zu verbreiten. Um das auf billige Weise zu ermöglichen, sind zunächst dazu geeignete Artikel der „Gleichheit“ zu verwenden.

ad 2 b): Agitation für den gesetzlichen Arbeiterinnenschutz.

Genossinnen Leipzigs: Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf zu unterbreiten, der die Schutzfrist für Schwangere und Wöchnerinnen auf sechs Wochen vor und drei Monate nach der Entbindung festsetzt und den Wöchnerinnen eine wöchentliche Unterstützung in der Höhe des Durchschnittslohnes des letzten Jahres sichert.

ad 3: Bildungsververeine für Frauen und Mädchen.

Genossin Braun-Berlin: a) Die Bildungsververeine sollen darauf bedacht sein, statt einzelner Vorträge mehr Vortragskurse zu organisieren, welche in wichtige Fragen einführen (Arbeiterinnenschutz, Zivilrecht, Kindererziehung, Ernährung, Hygiene, Kleidung etc.). b) Der Berliner Verein ist aufzufordern, eine besondere Kommission einzusetzen, welche Erhebungen über die Einnahmen und Ausgaben seiner Mitglieder anstellt. Nach dem Vorbild des Berliner Vereins sollen auch andere Vereine vorgehen.

ad 4: Allgemeines.

Genossin Braun-Berlin: Unsere Stellung gegenüber der bürgerlichen Frauenbewegung ist in bestimmt präzisierter Weise festzustellen, damit den Genossinnen eine Richtschnur gegeben ist, die jedes willkürliche Vorgehen ausschließt.

Genossin Grünberg-Berlin: Mindestens einmal in jedem Vierteljahr soll im „Vorwärts“ eine Aufforderung an die organisierten Genossen ergehen, ihre gewerblich thätigen weiblichen Familienglieder den gewerkschaftlichen Organisationen zuzuführen.

Notizentheil.

(Von Lily Braun und Klara Zetkin.)

Gewerkschaftliche Arbeiterinnenuorganisation.

Die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiterinnen in Mailand wird kräftig gefördert, seitdem sich die Arbeiterklasse daselbst wieder einer etwas größeren Bewegungsfreiheit erfreut. Den Mittelpunkt des gewerkschaftlichen Lebens des Mailänder Proletariats bildet die Arbeiterkammer, der die einzelnen Organisationen angegliedert sind. Vor etwa 4 Monaten fand die Wiedereröffnung der Arbeiterkammer statt, welche von der Reaktion nach den blutigen Maitagen des Jahres 1898 geschlossen worden war. In den 4 Monaten sind bereits mehr als 17000 organisierte Mailänder Arbeiter der Arbeiter-

ammer als Zentrale beigetreten. Die Gewerkschaften von Berufen, in denen die Frauenarbeit eine große Rolle spielt, besitzen eigene Frauensektionen für die weiblichen Mitglieder. Einige dieser Sektionen weisen eine verhältnismäßig zahlreiche Mitgliederzahl auf. Besonders erfreulich ist der rege Eifer, mit dem die Mitglieder der Frauensektionen in Fabriken und Werkstätten ihre Kameradinnen der Organisation zuzuführen streben. Die Sektionen der Schneiderinnen, Buchbinderinnen u. dgl. besitzen an den Genossinnen Kulischoff und Malnati, letztere eine frühere Lehrerin, treue Beraterinnen und Mitarbeiterinnen, sowohl was die agitatorische Tätigkeit in weiteren Kreisen anbelangt, wie das Wirken auf dem Gebiete der Kleinarbeit in den Organisationen selbst.

Die Frauengewerkschaften von Gent entfalten in jüngster Zeit eine rührige Tätigkeit. Besonders lassen sie sich angelegen sein, durch geeignete Vorträge und Diskussionen eine Reihe von gut unterrichteten, rebegewandten Agitatorinnen heranzuziehen.

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Wohnungsverhältnisse der Ziegeleiarbeiterinnen. In einer Feldziegelei bei Friedberg (Großherzogtum Hessen) mußten nach dem Bericht der Gewerbeinspektion drei Mädchen im Alter von 15 bis 19 Jahren in einem Räume schlafen, der 2,75 Meter Länge, 2,15 Meter Breite und 3 Meter mittlere Höhe, also einen Rauminhalt von etwa 17,75 Kubikmeter hatte. Das sind also pro Person 5,92 Kubikmeter Rauminhalt, während die Polizeiverordnung des Kreises 9 Kubikmeter als Minimum vorschreibt. Auf einer anderen Ziegelei wurde ein kastenartiger, vollständig geschlossener Bretterverschlag von der Größe eines gewöhnlichen Bettes und 1,50 Meter lichter Höhe als Schlafgefaß für zwei Arbeiterinnen benutzt. Der Rest ist Schweigen. An anderen Orten wird über ungenügende Absonderung der Schlafräume für beide Geschlechter ge-
H. F.

Frauenstimmrecht.

Die Agitation für das Frauenstimmrecht in Belgien wird seitens der sozialistischen Arbeiterpartei gelegentlich ihres Kampfes für das allgemeine Wahlrecht mit allem Nachdruck geführt werden. Der Generalkonvent der Partei beschloß in einer neuerlichen Sitzung, daß die Forderung überall mit der größten Energie zu vertreten sei. Eine besondere Broschüre soll weiteren Kreisen die Berechtigung und Notwendigkeit des Frauenstimmrechts klar machen. Damit insbesondere auch die Frauen über die Frage aufgeklärt und zum Kampfe für ihr Recht begeistert werden, soll eine Frau diese Broschüre verfassen. Der Generalkonvent der belgischen Arbeiterpartei hat Genossin Gatti de Gamond mit der Arbeit betraut. Der Generalkonvent hat weiter die Gründung eines Landesausschusses für Eroberung des allgemeinen Wahlrechts in die Wege geleitet, in welchem alle Frauenorganisationen vertreten sein sollen, die für das Frauenstimmrecht eintreten. Am Sonntag vor der Wiedereröffnung der Kammer im November werden in allen Hauptorten der einzelnen Kreise große Manifestationen für das allgemeine Wahlrecht stattfinden. In Brüssel ist die Manifestation auf den Abend vor dem Zusammentritt des Parlaments festgesetzt. An ihr werden die Delegierten aller sozialistischen Provinzialorganisationen und sämtliche sozialistische Abgeordnete teilnehmen. Bei allen Manifestationen soll, wie bei der eingeleiteten ständigen Agitation, das Frauenstimmrecht gefordert und verteidigt werden.

Das Eintreten der Sozialisten für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts hat bewirkt, daß die bürgerliche Presse sich lebhaft mit der Frage beschäftigt. Die katholischen Zeitungen erklären sich für das Frauenstimmrecht. Sie bauen auf die Rückständigkeit der Frauenmassen und die Macht des Weichstuhls, auf die Macht des politischen Agitators im Priestergewande. Daß diese Rückständigkeit und diese Macht auf die Dauer nicht vor der sozialistischen Aufklärungsarbeit Stand hält, beweist das Beispiel der Arbeitermassen und ihrer fortschreitenden politischen Schulung, ihres immer festeren Anschlusses an die Sozialdemokratie. Jedenfalls zeigt die Haltung der liberalen Presse wieder einmal die Anpassungsfähigkeit und das taktische Geschick des Merkantilismus, der in Belgien eine Auffassung über Bord wirft, welche er in Deutschland als „unverrückbaren Grundfab“ festhält: die Auffassung, daß die Frau im öffentlichen Leben nichts zu thun habe, und daß ihre soziale und politische Gleichberechtigung der Anfang vom Ende aller „natürlichen und göttlichen Ordnung“ sei. Die liberalen belgischen Blätter wenden sich dagegen mit aller Heftigkeit gegen die Forderung des Frauenwahlrechts. An Stelle ernster Gründe geben sie dabei läppische

Witichen und Mädchen zum Besten, wie sie der Spießbürger am Stammtische liebt. So fragt z. B. eine liberale Zeitung: „Was soll aus der Einigkeit der Familie werden, wenn der Mann im Gemeinderath dem Zentrum, die Frau der äußersten Linken angehört?“ Als höchsten Trumpf spielt der „Etoile Belge“ die Behauptung aus, daß die Frauen selbst das Wahlrecht nicht begehren und nicht ausnützen würden. Genosse Vandervelde weist darauf hin, daß die Liberalen mit der gleichen Behauptung Krebsen gingen, als es sich darum handelte, den Arbeitern das Stimmrecht zu verleihen. Diese haben seither einen so wirksamen Gebrauch von ihrem Rechte gemacht, daß die Besitzenden das Wahlrecht gefälscht haben, daß sie dem Proletariat das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht vorenthalten. Die Arbeiter haben gelernt, sich des Wahlrechts gegen ihre Herren zur Verteidigung ihrer Interessen zu bedienen. „Auch die Frauen werden das lernen, die Proletarierinnen, die zwei Herren über sich haben: den Mann und den Arbeitgeber. Die Frau hat außerdem gegen drei soziale Wunden zu kämpfen: gegen den Alkoholismus, der ihr den Mann entreißt, gegen den Militarismus, der ihr den Sohn raubt, gegen die Prostitution, die auf ihre Tochter lauert. Ihre eigenen Interessen wie die ihrer Lieben, die es zu schirmen gilt, werden auch die noch rückständige Frau zur bewußten politischen Kämpferin schulen.“

Die Forderung des Frauenstimmrechts scharfer als seither im Kampfe für das allgemeine Wahlrecht zu betonen, beschloß einstimmig der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie, der am 2. September in Graz zusammentrat. Der Beschluß wurde herbeigeführt durch einen Antrag der fünf Genossinnen, welche am Parteitag als Delegierte teilnahmen. Die Genossinnen Schlesinger und Boschel begründeten die Forderung sehr wirkungsvoll.

Die Einführung des Frauenwahlrechts im Staate Oregon wurde bei einer allgemeinen Volksabstimmung mit 28298 gegen 26265 Stimmen, also mit sehr geringer Majorität verworfen. Bei der letzten Volksabstimmung über die gleiche Forderung wurden nur 11223 Stimmen für das Frauenwahlrecht abgegeben, 28176 Stimmen aber dagegen. Der Gedanke der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts hat also einen ganz erheblichen Fortschritt gemacht.

Den Umschwung der Meinung zu Gunsten des Frauenstimmrechts in amerikanischen Einzelstaaten zeigen folgende Tatsachen. In Colorado wurde im Jahre 1877 das Frauenstimmrecht abgelehnt, 1893 wurde es eingeführt. In Washington sank die Zahl der Gegner des Frauenwahlrechts vom Jahre 1889 bis 1898 von 19386 auf 9882. In Kansas stieg die Zahl der Anhänger der Forderung binnen wenigen Jahren von 9100 auf 95302. In Süd-Dakota erklärte sich 1890 eine Majorität von 23610 Stimmen gegen das Frauenstimmrecht, 1898 dagegen nur noch eine solche von 3285 Stimmen. Die Aussichten für die Einführung des Frauenstimmrechts bessern sich allenthalben.

Frauenbewegung.

Studierende Frauen an der Universität Tübingen. Im laufenden Semester studieren an der Universität Tübingen fünf Damen.

Zahl der Studentinnen in der Schweiz und in Deutschland. Die Zahl der Studentinnen an den Schweizer Universitäten beträgt 1026. Das ist ein Viertel der ganzen Studentenschaft.

In Zürich sind zur Zeit an Universitäten angestellt: Fräulein Dr. Kworostansky als vierter Assistent an der Geburtshilfs- gynäkologischen Klinik und Poliklinik, Med. prakt. Fräulein Jitschen als zweiter Assistent an der Psychiatrischen Klinik. Als Sekretärin an der Stadtbibliothek fungierte die bekannte Dichterin und Darstellerin der „Blüthezeit der Romantik“ Ricarda Huch. Ihre Fachkollegin Fräulein Dr. Anna Lumarlin liest an der Universität Bern über Aesthetik.

An den reichsdeutschen Universitäten hören in diesem Semester nach einer Zusammenstellung der „Frankfurter Zeitung“ 561 Frauen Vorlesungen, und zwar in Berlin 293, Bonn 61, Breslau 41, Erlangen 2, Göttingen 31, Halle 47, Heidelberg 13, Kiel 8, Königsberg 15, Marburg 8, München und Straßburg je 11, Tübingen 5, Würzburg 15.

Die Zulassung der Frauen zum Studium der Rechts- und Staatswissenschaften beschloß das Professorenkollegium der tschechischen juristischen Fakultät zu Prag mit Stimmenmehrheit. Von Beginn des Semesters 1900/1901 können nun Frauen an allen drei Fakultäten der Universität Prag studieren.

Als Zähler bei der letzten Volkszählung in Kuba wurden auch Frauen verwendet und sollen treffliche Arbeit geleistet haben.